

Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg
Albert-Buchmann-Str. 17, 16515 Oranienburg
Tel.: 03301 6873140
E-Mail: demokratienetz@gmx.de

Oranienburg, den 17. Januar 2011

Presseerklärung

„Extremismusklausel“ der Bundesregierung führt in die Irre **Forum gegen Rassismus protestiert gegen Anstiftung zur Gesinnungsschnüffelei**

Das Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg beriet in der vergangenen Woche über seinen Beitrag zum Lokalen Aktionsplan des Landkreises Oberhavel. Dieser wurde im Dezember 2010 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bewilligt. Der Landkreis wird in den kommenden drei Jahren Fördergelder erhalten, um zentrale Werte wie Demokratie, Vielfalt und Toleranz mit Hilfe ganz unterschiedlicher Partner auf kommunaler Ebene festigen zu helfen. Deshalb haben sich auch Mitglieder des Forums tatkräftig für die Ausarbeitung des anspruchsvollen Plans eingesetzt.

„Doch eine fragwürdige Gefahrendiagnose und Gleichsetzung linker Gesellschaftskritik mit antidemokratischen und rassistischen Positionen, führt Bundesministerin Kristina Schröder offenbar 10 Jahre nach dem *Aufstand der Anständigen gegen Rechtsextremismus* in die Irre.“, erklären Bernhard Fricke und Angelika Stobinski stellvertretend für das Forum.

„Um Gelder zu erhalten, sind alle Antragsteller, so auch die zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen wie das Forum neuerdings gezwungen, eine so genannte „Extremismusklausel“ als Gegenleistung abzugeben, die verpflichtet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und einen den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten. Das ist so unnötig wie selbstverständlich für Demokraten, die den Inhalt des Grundgesetzes ohnehin gegen Rechtsextreme verteidigen und daher geschenkt. Aber der Forderung die Passagen: „dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“ und „Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“, zu unterschreiben, stellt eine Forderung dar, die von Misstrauen und Realitätsferne getragen wird.

Es besteht die Gefahr, dass es durch die Begünstigung einer staatlich verordneten Atmosphäre des Denunziantentums zu einer Schwächung der bestehenden Netzwerke gegen Rechtsextremismus kommen wird, die sich im Ergebnis jahrelanger Anstrengungen in den Kommunen entwickelt haben.

Das Forum fordert besonders aus dem Grund, dass damit seitens der Bundesregierung ein unzulässiger Generalverdacht gegenüber allen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, ausgesprochen wird und darüber hinaus Gesinnungsschnüffelei gegenüber den Kooperationspartnern eingefordert wird, den sofortigen Verzicht auf diese Klausel. Im Gegensatz dazu wird eine vorbehaltlose Unterstützung des engagierten und couragierten Handelns vor Ort seitens der Bundesregierung verlangt.

Nach unserer Meinung widerspricht dieses Vorgehen in Gänze dem Geist des Grundgesetzes.